



**Die Kinderfreunde**  
BUNDESORGANISATION

An das Bundesministerium  
für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien

Betrifft <b>GESETZENTWURF</b>	
Zi. ....	77-GE/19 97
Datum:	6. OKT. 1997
Verteilt	7. Okt. 1997

Wien, 3. Okt. 1997

*Dr. Hajek*

**Stellungnahme der Österreichischen Kinderfreunde**  
zum Entwurf eines Arbeits- und Sozialrechts-  
Änderungsgesetzes (ASRÄG) 1997.  
GZ 17.001/12-4/97

Die Österreichischen Kinderfreunde begrüßen folgende Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarkts und der gerechteren Verteilung in der Sozialversicherung:

- Die Einführung einer Bildungskarenz oder Freistellungen wie sie im Solidaritätsprämienmodell vorgesehen sind zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen als Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes
- Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Sozialversicherung
- Die höhere Eigenfinanzierung von Bauern und Selbständigen
- Die Anhebung des faktischen Pensionsalters
- Die Einbeziehung von geringfügig Beschäftigten in die Sozialversicherung

Folgende Punkte lehnen wir ab, da sie negative Auswirkungen auf sozial schwache Gruppen, vor allem für die weibliche Bevölkerungsgruppe, haben:

- Die Verlängerung der „besten Beitragsmonate“ von 180 auf 240 Monate bringt besonders für Arbeitnehmer mit einer zerklüfteten Erwerbsbiographie enorme Pensionseinbußen, dazu zählen Mütter nach einer längeren Kinderpause
- Das Einfrieren von Karenzgeld und Karenzgeldzuschuß, sowie Teilzeitbeihilfe und Notstandshilfe
- Die Anrechnungshöhe der Kindererziehungszeiten ist zu niedrig, sollte auf das Durchschnittseinkommen von Frauen angehoben werden

Für die Österreichischen Kinderfreunde

*Mag. Sonja Brauner*

Mag. Sonja Brauner  
Familienpolitische Referentin

*Kurt Nekula*

Kurt Nekula  
Bundessekretär